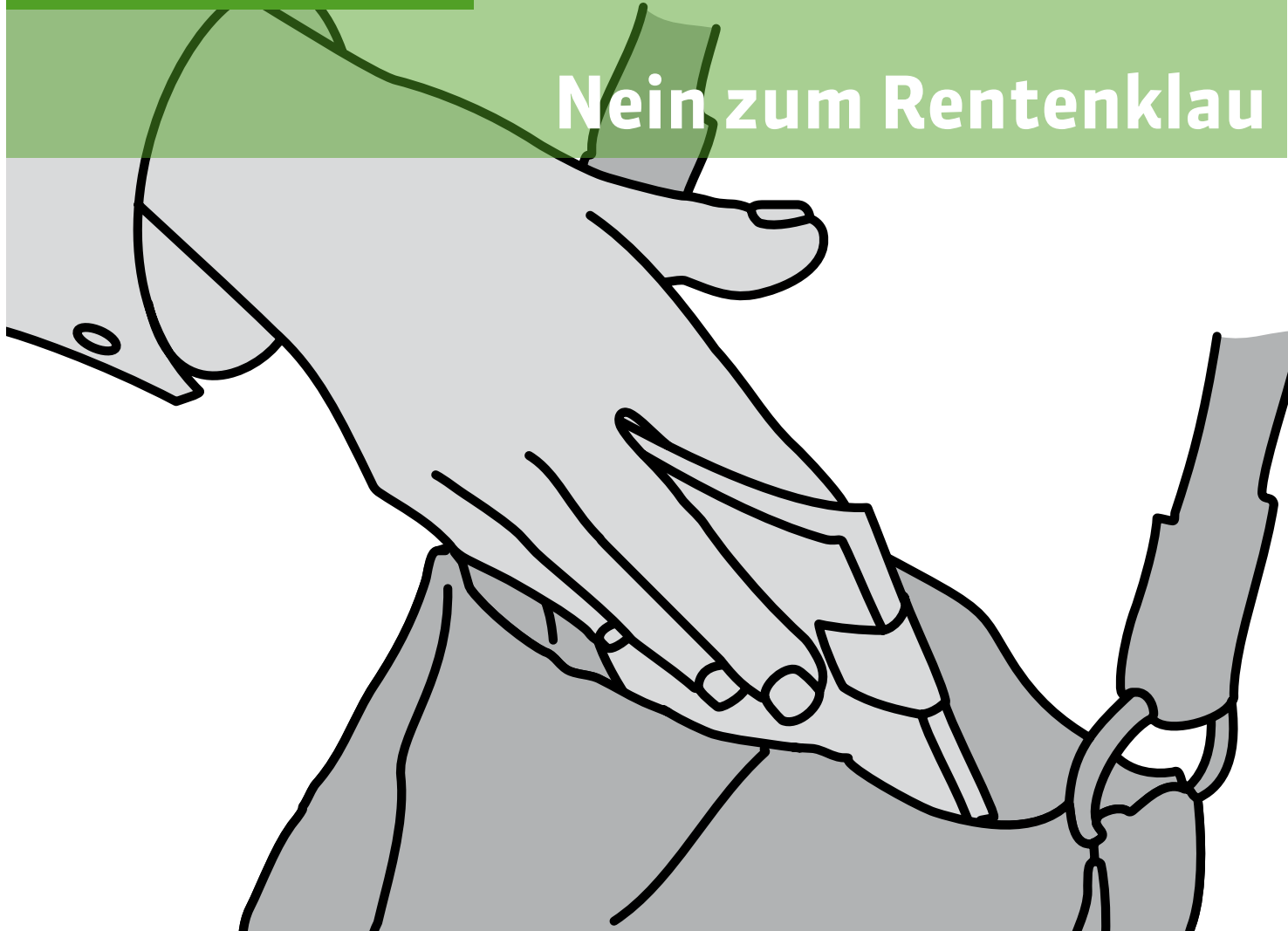


# grünpol

Nr. 32 | März 2010

## Nein zum Rentenklau



Das eidgenössische Parlament hat beschlossen, den Umwandlungssatz auf das in der Pensionskasse angesparte Kapital bis ins Jahr 2015 auf 6.4% zu senken und damit die Renten zu kürzen.

Heute reichen 100'000 Franken angespartes Kapital für eine Jahresrente von 7'000 Franken, in Zukunft würden es bei Annahme der Abstimmungsvorlage nur noch 6'400 Franken sein. Dies ergibt eine Rentensenkung von beinahe 10%. Für viele Rentner ist diese Senkung nicht zumutbar. Dagegen wurde erfolgreich das Referendum ergriffen. Wirtschaftsverbände und Bürger-

liche Parteien behaupten, RentenbezügerInnen würden immer älter und damit müsse das Rentenskapital länger reichen, was nur möglich sei, wenn die Rentenhöhe sinke. Dieses Problem wurde mit der 1. BVG-Revision im Jahr 2003 gelöst, als der Umwandlungssatz mit dieser Begründung von 7.2% auf 6.8% (Absenkung bis ins Jahr 2014) gesenkt wurde.

Der Bundesrat behauptet, die Pensionskassengelder können nicht mehr genügend gewinnbringend angelegt werden, um die Renten in der bisherigen Höhe zu finanzieren. Die Versicherungen haben in den vergangenen Jahren mit dem Verwalten der

Pensionkassengelder jedoch fette Gewinne gemacht. Selbst im Krisenjahr 2008 schrieben sie schwarze Zahlen. Der Umwandlungssatz ist offensichtlich nicht zu hoch.

Bei der Abstimmung geht es darum, den Versicherungsgesellschaften und der Finanzbranche mit ihrem Absahnen von Gewinnen auf unseren Pensionskassengelder einen Riegel zu schieben. Deshalb Nein zum Rentenklau. Die Finanzwelt braucht am 7. März eine Zäsur: Nein zur Herabsetzung des Umwandlungssatzes der angesparten Pensionsgelder der Normalverdienenden!

Stephan Grossenbacher, Landrat Niederdorf

# Ja zum Tierschutzanwalt



Geben Sie gequälten Tieren eine Stimme.

Der Tierschutzanwalt oder die Tierschutzanwältin löst Vollzugsprobleme des Tierschutzgesetzes, bringt Sicherheit für die Tierhalter und steht für einen besseren Rechtsschutz für Tiere.

Denn die Vollzugsprobleme bei Strafverfahren sind offenkundig und konnten mit dem Tierschutzgesetz nicht behoben werden. Den Angeschuldigten stehen zahlreiche Mitwirkungsrechte zu ihrer Vertei-

digung zur Verfügung, den Opfern – in diesem Fall den Tieren und den Tierschutzorganisationen – jedoch keine. So wurden 2009 über 90 Prozent aller Strafuntersuchungen im Schnellverfahren, also ohne Gerichtsverhandlung, durchgeführt. Die durchschnittliche Bussenhöhe lag bei gerade mal 439 Franken. Der Tierschutzanwalt ist ein bewährtes Modell. Der Kanton Zürich kennt seit über zehn Jahren einen „Tieranwalt“. Er wird von den Behörden und der Bevölkerung geschätzt. Mehrere Kantone können zusammen einen Tierschutzanwalt einstellen. Die Grünen Schweiz und die Grünen Baselland empfehlen daher einstimmig ein Ja zur Initiative des Schweizer Tierschutzes.

Maya Graf, Nationalrätin

# Ja zum Bundesverfassungsartikel Forschung am Menschen

Ein zentrales Anliegen der Grünen ist der Schutz der Menschenwürde und der Persönlichkeit. Dieser Schutz soll auch bei der zukünftigen Forschung in Biologie und Medizin mit Menschen im Zentrum stehen und Vorrang vor der Forschungsfreiheit haben. Dieser Prämisse zu Folge haben sich die Grünen ihre Entscheidung nicht einfach gemacht.

Der neue Bundesverfassungsartikel soll Grundlage für die umfassende Regelung von Forschung am Menschen auf Gesetzesstufe werden. Für den neuen Bundesverfassungsartikel spricht, dass Grundsätze

verankert sind, die klare Vorgaben für die spätere gesetzliche Regelung machen, wie z.B.: die Aufklärungspflicht als Voraussetzung für eine Einwilligung, die Verbindlichkeit der Ablehnung und die unabhängige Überprüfung von Forschungsvorhaben, die den Schutz der teilnehmenden Person gewährleisten.

Auf der anderen Seite wird es erstmals explizit möglich sein, dass an urteilsunfähigen Menschen wie Kleinkindern, Schwerbehinderten, Schwerkranken oder Dementen fremdnützige Forschung betrieben werden kann. Also Forschung, die

den Gesundheitszustand der Betroffenen selbst nicht verbessert, ihnen aber neue Risiken und Belastungen auferlegt, ohne dass sie selbst darüber entscheiden können

Im Bewusstsein dieser ethisch heiklen Ausgangslage haben die Delegierten der Grünen Schweiz die Stimmfreigabe beschlossen. Die Mitgliederversammlung der Grünen Baselland empfiehlt dagegen die Ja-Parole. Ihr ist es wichtig, dass mit dem neuen Verfassungsartikel eine schweizweit einheitliche klare Regelung endlich möglich wird.

Maya Graf, Nationalrätin

# Ja zur Teilrevision des Gastgewerbegesetzes

Der Anstoss zur Teilrevision dieses Gesetzes geschah – wie der Untertitel der Vorlage lautet – zur „Verbesserung des Jugendschutzes in Bezug auf die Abgabe von alkoholischen Getränken“. Doch gebar der Berg eine Maus: Zuerst legte die Regierung einen Revisionsentwurf vor, dem die Justizkommission 2008 seine wenigen Zähne bis auf zwei zog. Der zweitletzte Zahn sah vor, Erwachsenen unter Strafandrohung die Weitergabe von Alkohol an Minderjährige zu verbieten. Der letzte Zahn bestand in einem Artikel, der die Bewilligungspflicht für die gewerbsmässige Abgabe von alkoholischen Getränken wieder einführen wollte. Doch wies der Landrat die Vorlage im September 2009 an die Kommission zurück mit dem Auftrag, den Verbot-Artikel der privaten Weitergabe zu streichen, weil ein sol-

ches Verbot unkontrollierbar sei. Im Dezember debattierte der Landrat an zwei Sitzungen erneut über den inzwischen weitgehend „kastrierten“ Gesetzesentwurf, in dem von Jugendschutz nur noch im Untertitel die Rede ist. Wieder einmal wurde das Hohelied der Handels- und Gewerbefreiheit gesungen. Es gab eine Zwischenabstimmung mit Stimmgleichheit und Stichentscheid des Präsidenten. Schliesslich stimmte der Rat der „Vorlage mit dem letzten Zahn“, der Bewilligungspflicht für die gewerbsmässige Abgabe alkoholischer Getränke, mit 65:17 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu. Weil damit das 4/5 Quorum nicht erreicht wurde, muss jetzt auch das Volk darüber entscheiden. Die Grünen geben dazu lustlos die Ja-Parole aus.

Kaspar Birkhäuser, e. Landrat

## Zum Rücktritt von Kaspar Birkhäuser aus dem Landrat

Mit dem Wohnortswechsel von Kaspar Birkhäuser nach Basel verlieren wir im Landrat ein wertvolles Mitglied. Kaspar gehörte von 2003 bis 2009 dem Parlament an. In der Justiz- und Sicherheitskommission war er Vizepräsident. Seine Vorstösse reichten von Themen der erneuerbaren Energien über Hilfe an benachteiligte AusländerInnen bis zur Abgabe der Armeewaffen ins Zeughaus. Kaspar besitzt als Historiker grosses Wissen über die Geschichte und die Entwicklung unseres Kantons, wovon unsere Fraktion profitieren durfte. Er hinterlässt deshalb eine schwer zu schliessende Lücke. Wir hoffen, dass Kaspar uns wei-

terhin als Ratgeber zur Seite steht und wünschen ihm an seinem neuen Wohnort viel Freude und gute Gesundheit!

Seine Nachfolgerin, Rahel Bänziger Keel, lebt mit ihrem Mann und ihren beiden Töchtern in Binningen. Sie ist seit 2004 Einwohnerrätin und seit zwei Jahren Präsidentin der Fraktion Grüne/EVP. Die promovierte Biochemikerin ist am Uni-Spital in der Forschung tätig. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und heissen Rahel herzlich willkommen!

Madeleine Göschke-Chiquet,  
Fraktionspräsidentin

## Kommentar



Sarah Martin,  
Landrätin und Vizepräsidentin

## Überholt?

Im Oktober 08 hat die Regierung unsere Initiative „Weg vom Öl“, die verlangt, dass bis zum Jahr 2030 die Hälfte der im Kanton genutzten Energie aus erneuerbaren Quellen stammt, zur Ablehnung empfohlen. Die Stellungnahme trug den Titel „Energieinitiative von Energiestrategie überholt“. Tatsächlich hat die kantonale Energiestrategie ein ähnliches Ziel wie unsere Initiative – mit dem „kleinen“ Unterschied, dass sich die Regierung 20 Jahre mehr Zeit lassen will...

Seltsame Auffassung von überholen, aber bezeichnend für die Ambitionen unseres Kantons, wenn es um Energie- und Klimapolitik geht.

Ein atomstromfreier Kanton scheint unserer Regierung nicht erstrebenswert. Genauso wenig empfindet sie es für nötig, gegen Beteiligungen unserer Energieanbieter an Kohlekraftwerken und Atomkraftwerken vorzugehen. Entsprechende Vorstösse der Grünen hat die Regierung abgelehnt, obwohl gerade beim Thema Atomkraftwerke unsere Verfassung den Kanton verpflichtet, Massnahmen zu ergreifen.

Das Parlament ist in Sachen Energie- und Klimapolitik manchmal etwas fortschrittlicher als die Regierung und kann so auch positive Akzente setzen. Aktuelles Beispiel ist das 50 Millionen Förderprogramm für Energieeffizienz und erneuerbare Energien mit Schwerpunkt Gebäudesanierung. Leider sind solche fortschrittlichen Vorlagen immer noch die Ausnahme. Wir werden uns also weiterhin mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass die Ziele der „Weg vom Öl“ Initiative im Baselbiet Realität werden.

## 2010: das Jahr vor den grossen Wahlen

Im laufenden Jahr werden unsere Initiativen „Weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien“ sowie die Trinkwasser- und die Chemiemülldeponie-Volksbegehren zur Abstimmung gelangen. Wir arbeiten an den Vorbereitungen der Abstimmungskämpfe. Mitarbeit bei diesen grossen und wichtigen Vorhaben ist stets willkommen, auch Spenden nehmen wir sehr gerne entgegen!

Im März 2011 stehen Landrats- und Regierungsratswahlen an, im folgenden Herbst dann die Wahlen in National- und Ständerat. Für diese Ereignisse müssen wir gut vorbereitet sein. Diese Vorbereitungen laufen schon heute und werden das politische Jahr 2010 bestimmen. Der Wahlkampf muss fundiert vorbereitet werden. Das Wesentlichste sind die Köpfe. Wir suchen Persönlichkeiten, welche sich für die Wahlen auf unseren Listen zur Verfügung stellen. Ein spezielles Interesse gilt den Frauen. Wir möchten erneut mit einem Frauenanteil von über 50 Prozent antreten. Es gibt kein ideales Politikerinnen-Profil - sprich wer sich engagieren will, meldet sich bitte bei [info@gruene-bl.ch](mailto:info@gruene-bl.ch).

Ich freue mich auf ein grünes Jahr und lade euch ein, uns dabei tatkräftig zu unterstützen.

Philipp Schoch, Landrat und Präsident

## Bildung und Green New Deal

Mit dem Green New Deal wird in erster Linie der ökologische Umbau der Wirtschaft angesprochen. Was Bildung und Bildungspolitik zu einem „Green New Deal“ beitragen können, ist bisher noch nicht systematisch bearbeitet worden. Mit einer ersten Ideensammlung hat die vierkantonale Bildungsgruppe der Grünen in der Nordwestschweiz den Anstoss dazu gegeben. Hier eine Kurzfassung.

Bildung für Nachhaltige Entwicklung muss sich in den Lehrplänen mit neuen Bildungsinhalten niederschlagen. Der Lehrplan 21 bietet jetzt die Gelegenheit diese Inhalte im Sinne der Nachhaltigkeit zu definieren. Die Weiterbildung aller Bildungsverantwortlichen ist auch zur Entscheidungsfindung im Schulalltag wichtig. Darunter fallen z.B.: Schulanlässe und CO<sub>2</sub>-neutral durchgeführte und mit dem ÖV erreichbare Lager, Anschaffung ökologisch und fair produzierter Verbrauchsmittel bis Zucker. Als Impulse dienen Labels, Auszeichnungen für Arbeitgeber die bezüglich Weiterbildungsförderung (inkl. Begleitmassnahmen wie Betreuung) vorbildlich sind. ISO-Zertifizierungen sollen auch auf Bildungseinrichtungen angewendet werden. Die Erweiterung um Soziallabel (faire Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit, Interkulturalität etc.) ist ein weiterer Anreiz. Nachhaltige Entwicklung muss in allen Lebensbereichen gedacht und gelebt werden. Sparen wir also nicht an der Bildung und bilden nachhaltig denkende Menschen heran.

Beatrice Büschlen, Bildungsrätin, Binningen

## Finanzverantwortliche/r

Die Grünen Baselland suchen per sofort oder nach Vereinbarung eine/n Finanzverantwortliche/n.

Deine Aufgaben sind:

- Führung der Buchhaltung
- Erstellen des Budgets und der Erfolgsrechnung
- Kontrolle Einnahmen und Ausgaben

Es erwartet dich eine spannende Aufgabe: Als Finanzverantwortliche bist du Mitglied des Parteivorstandes und arbeitest zudem eng mit dem Geschäftsführer zusammen.

Kontakt: Astrid Basler, Finanzverantwortliche, 061 901 37 54, [astridbasler@vtxmail.ch](mailto:astridbasler@vtxmail.ch)

## Abstimmungsparolen 7. März 2010

### Eidgenössische Vorlagen

**JA** zum Bundesbeschluss zu einem Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen

**JA** zum Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere (Tierschutz-anwalt-Initiative)»

**NEIN** zum Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen und Invalidenvorsorge (BVG) (Mindestumwandlungssatz)

### Kantonale Vorlage

**JA** zum Teilrevision des Gastgewerbegesetzes / Verbesserung des Jugendschutzes in Bezug auf die Abgabe von alkoholischen Getränken

### Wahlen Gemeinden

Allschwil Ersatzwahl Gemeinderat, wir empfehlen:

**MARIO ELSER**, 1966, Sekundarlehrer, Vorstandsmitglied Forum besorgter TrinkwasserkonsumentInnen, Mitglied Vormundschaftsbehörde, verheiratet, Vater einer 18-jährigen Tochter.

[www.grueneallschwil.ch](http://www.grueneallschwil.ch)

## Agenda

24.03.2010

Sessionsgespräch mit den beiden Nationalrätinnen Maya Graf und Anita Lachenmeier. Basel  
Infos: [www.gruene-bl.ch](http://www.gruene-bl.ch), Agenda

28.04.2010

Atomstrom hinter uns lassen! Filmvorführung und anschl. Diskussion mit Christoph Seiberth, Geschäftsführer Ökozentrum Langenbruck. Theater Palazzo Liestal, 19.30 Uhr.

### IMPRESSUM

Herausgeber: Grüne BL, Postfach 267, 4012 Basel

Redaktion: [info@gruene-bl.ch](mailto:info@gruene-bl.ch)

Auflage: 1400 Ex.

gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Werden Sie Mitglied ([www.gruene-bl.ch](http://www.gruene-bl.ch)) oder unterstützen Sie die Grünen BL mit einer Spende (PC-Konto 40-7608-1)